

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

13.03.2025

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schriefführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 06.02.2025

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:45 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Situation der beruflichen (rechtlichen) Betreuung und allgemeine Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte**
0007/2025
- 6 Gleichstellungspolitische Informationen**
0006/2025
- 7 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

- 7.1 **Erläuterungen zur Mitteilungsvorlage 0528/2024 "Sachbericht zur Anzahl der ausländerrechtlichen Status"**
0014/2025
- 7.2 **Antwortschreiben der Verwaltung an Herrn Tollih bezüglich seiner Anfrage in der Sitzung des Integrationsrates vom 05.11.2024.**
0046/2025
- 8 **Jahres- und Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates für das Jahr 2024**
0749/2024
- 8.1 **Vorstellung: „Seniorenbericht 2023/2024 - Bericht über die Lebenslagen älterer Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis"**
0722/2024
- 9 **Vereinbarung mit der Inclusio gGmbH bezüglich Fördermittel für die Fortführung des Café GrenzenLos**
0063/2025
- 9.1 **Nachfolgebesetzung Mitglied Inklusionsbeirat**
0064/2025
- 9.2 **Barrierefreiheit und Denkmalschutz**
0065/2025
- 10 **Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**
0758/2024
- 11 **Öffnung des Projektes "Wohnungsvermittlung" für Geflüchtete aller Herkunftsländer**
0756/2024
- 12 **Ergänzende Mitteilungsvorlage zur Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 0604/2024, Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft an der Paffrather Straße**
0096/2025
- 13 **Anträge der Fraktionen**
- 14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 14.1 **Schriftliche Anfrage der BÜRGERPARTEI GL, Herrn Frank Samirae, zur aktuellen Situation des sozialen Wohnungsbaus und der Leistungsempfänger (Zeitraum 2017-2024)**
0020/2025

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Gabriele von Berg eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Sitzungsteilnehmende:

CDU-Fraktion

Gabriele von Berg, Elvira Reudenbach, Brigitte Opiela, Thomas Hildner, Heinz-Bernd Padberg, Jörg Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Dagmar Heiß, Martina Klupp, Markus Bollen, Rainer Dettmar, Helmut Schmidt

SPD-Fraktion

Brigitte Holz-Schöttler, Kastriot Krasniqi, Dominik Klaas für Ute Stauer

FDP-Fraktion

Peter Steinbuck für Theresia Wolff

AfD-Fraktion

Frank Cremer

Fraktion Bergische Mitte

Fabian Schütz für Thomas Kunze ab 17.10 Uhr

FWG

Willy Bartz bis 19.00 Uhr

Integrationsrat nicht vertreten

Seniorenbeirat

Hildegard Gitschier-Piepenbrock

Verwaltung

Thore Eggert für Stephan Dekker, Claudia Werker, Uwe Tillmann, Monika Hiller, Lisa Klemt

Moritz Sturmberg, Monika Koppe

Gäste:

Annika Möller (RBK, Seniorenplanung)

Die Ausschussvorsitzende bittet um die Aufnahme der folgenden Tischvorlagen in die Tagesordnung:

TOP 12 – Ergänzende Mitteilungsvorlage zur Beschlussvorlage (DS-Nr. 0604/2024)
Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft an der Paffrather Straße
(Vorlage 0096/2025)

TOP 13 wird dadurch TOP 14 – Anfrage Hr. Samirae – Antwort der Verwaltung als Tischvorlage
(Vorlage Nr. 0020/2025)

TOP N5 – Maßnahmebeschluss zur Vergabe von Bewachungsdienstleistungen in einer städtischen Unterkunft für Obdachlose
(Vorlage 0098/2025)

TOP N6 – Maßnahmebeschluss zur Vergabe von Bewachungsdienstleistungen in einer städtischen Gemeinschaftsunterkunft
(Vorlage 0102/2025)

Die Ausschussmitglieder fassen den folgenden **Beschluss:**

Die vorgenannten Tischvorlagen werden in die Tagesordnung der Sitzung aufgenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt mehrheitlich mit einer Gegenstimme durch die AfD-Fraktion. Die Fraktion Bergische Mitte war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Sitzung vertreten.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob es zur Niederschrift – öffentlicher Teil – Einwände, Anmerkungen oder Ergänzungen gebe. Dies ist nicht der Fall und somit gilt der öffentliche Teil zur Niederschrift der Sitzung am 14.11.2024 als genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden vor.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Werker teilt mit, dass die Einführung der Bezahlkarte in den Landesunterkünften bereits erfolgt ist und dazu im nächsten Ausschuss am 10.04. eine Vorlage erstellt werde. Zurzeit ist die Verwaltung mit anderen Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises im Austausch. Sollte eine Kommune die Bezahlkarte nicht einführen wollen, ist dafür ein ausdrücklicher Beschluss des Rates erforderlich. Städtische Kolleginnen und Kollegen haben bereits an einer Informationsveranstaltung zur Einführung der Bezahlkarte teilgenommen, damit die Einführung zügig durchgeführt werden kann, sollte dies gewünscht werden.

5. Situation der beruflichen (rechtlichen) Betreuung und allgemeine Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte **0007/2025**

Frau von Berg teilt zur Vorlage mit, dass ein geplanter Vortrag durch Herrn Benedikt Merten (Geschäftsführer Betreuungsverein Lebenshilfe NRW e.V.) nicht stattfinden kann, da dieser erkrankt sei.

Frau Klupp teilt mit, dass sie die Vorlage begrüße, sie kenne die Probleme aus ihrem Berufsalltag und finde es wichtig, dass sich nun die Politik mit dieser Problematik beschäftigen müsse, um Maßnahmen zu ergreifen, die hier entgegensteuern. Das neue Betreuungsorganisationsgesetz sehe vor, dass mehr Ehrenamtler in die Betreuungsarbeit eingebunden werden sollen, aber dazu müsse vielmehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Da sehe sie großen Bedarf. Des Weiteren würde sie gerne wissen, ob hier ein Verein geplant sei, der die Betreuungsarbeit übernehme.

Herr Sturmberg teilt mit, dass sowohl der ASB als auch die Caritas ihre Arbeit in der Betreuung eingestellt haben. Letztendlich ist nur noch der Lebenshilfe e.V. in der Betreuung vor Ort aktiv. Herr Benedikt Merten ist der Geschäftsführer des Betreuungshilfvereins e.V. NRW. Die Zweigstelle des Vereins liegt in Rösrath, so dass hier eine Kooperation durchaus denk- und umsetzbar sei.

Über die Betreuungssituation lässt sich sagen, dass die Landesfinanzierung sowohl, was die Vergütung der Betreuung, als auch die Förderung der Querschnittsarbeit betrifft, nicht auskömmlich ist. Daraus sei die Idee entstanden, zu überlegen, wie die Arbeit des Lebenshilfe e.V. von kommunaler Seite zusätzlich gefördert werden könne, um die kooperative Arbeit zu intensivieren. Hier sei die Gründung eines kommunalen Betreuungsvereins eine gute Möglichkeit. Die Kosten der rechtlichen Betreuung, wie auch der Querschnittsarbeit, könnten auf diese Weise zumindest in

weiten Teilen gegenüber der Landesjustizkasse geltend gemacht werden. Diese Möglichkeit besteht im Rahmen der gesetzlichen Auffangvorschrift für Betreuungsbehörden nicht.

Herr Klaas teilt zur Vorlage mit, dass immer mehr Aufgaben der Länder an die Kommunen übergehen würden. So brauche im Länderhaushalt im Bereich Soziales nicht gespart werden.

Da sich aber viele Kommunen bereits im Haushaltsicherungskonzept befinden und die Erfüllung der Aufgaben zur Daseinsfürsorge nicht mehr möglich sei, sind dann die Länder wieder für die Übernahme der Aufgaben verantwortlich. Gebe es hier bereits Fälle, wo das Land die Aufgaben wieder übernommen habe?

Herr Eggert teilt dazu mit, dass er die Frage leider nicht beantworten könne. Es würde ihn aber wundern, wenn das Land Aufgaben wieder zurücknehmen und dann auch wieder finanzieren würde, wo sowohl der Landes- als auch Bundeshaushalt nicht rosig aussehe. Hier sei die Tendenz, dass die Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung und ohne ausreichende Konnexität vom Land zurückgenommen werden bisher nicht erkennbar. Hier müssten die Grundfinanzierung und die strukturelle Unterfinanzierung der werten Leistungen dringend angegangen werden.

Frau von Berg teilt mit, dass Sie der Meinung sei, hier noch mehr Öffentlichkeitsarbeit für die ehrenamtliche Betreuung von Nöten sei, da eine Betreuung im familiären Bereich am besten und einfachsten vorgenommen werden könne, weil man die Bedarfe der zu betreuenden Menschen am besten kenne. Hier müsse mehr Unterstützung durch die Verwaltung gewährleistet werden, da Betreuung auch viele rechtliche Aspekte beinhalte.

Herr Sturmberg teilt dazu mit, dass er diese Aussage unterstütze, aber die Probleme würden nicht im Bereich der ehrenamtlichen Betreuung bestehen, diese sei ein wichtiger Baustein. Aber man müsse sehen, dass immer mehr Kompetenz durch berufliche Betreuung gefragt sei, die durch das Ehrenamt nicht mehr abgedeckt werden könne. Eine rechtliche Betreuung sei heute so komplex geworden, dass das teilweise im Ehrenamt nicht mehr bewältigt werden könne.

Die vorbereitete Power-Point-Präsentation des Herrn Benedikt Merten (Lebenshilfe e.V.) wird der Niederschrift beigelegt. **Anlage 1**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Gleichstellungspolitische Informationen

0006/2025

Frau Holz-Schöttler bedankt sich für die Vorlage und erfragt, ob auch die privaten Krankenkassen die Kosten für die AnonymeSpurenSicherung (ASS) übernehmen würden.

Des Weiteren teilt Sie mit, dass in der Vorlage unter dem Internationalen Frauentag nur die städtischen Angebote genannt wären. Sie möchte darauf hinweisen, dass auch die Frauen- und Mädchenberatungsstelle am 08.03. eine Veranstaltung durchführen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

7.1. Erläuterungen zur Mitteilungsvorlage 0528/2024 "Sachbericht zur Anzahl der ausländerrechtlichen Status"

0014/2025

Herr Dettmar bedankt sich für die Vorlage, die einen Einblick gebe, welche unterschiedlichen Status die Migranten haben. Oft hat die Politik den Eindruck, dass die Verwaltung hier langsam arbeite, aber hier könne man sehen, vor welchen juristischen und verwaltungstechnischen Herausforderungen die Verwaltung stehe, alle Migranten zu ihrem Recht kommen zu lassen. Er fragt nach, ob es möglich sei, auch in der wiederkehrenden Vorlage „Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach“ diese Unterscheidungen aufzuschlüsseln.

Frau Werker teilt dazu mit, dass sie dies veranlassen werde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Antwortschreiben der Verwaltung an Herrn Tollih bezüglich seiner Anfrage in der Sitzung des Integrationsrates vom 05.11.2024.
0046/2025

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. Jahres- und Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates für das Jahr 2024
0749/2024

Frau Klupp teilt zur Vorlage mit, dass die Tätigkeit des Seniorenbeirats in Kürze endet und ein neuer Seniorenbeirat gewählt wird und möchte daher die Gelegenheit nutzen, sich ganz herzlich bei Frau Klemt und Frau Klann zu bedanken, für die von der Verwaltungsseite sehr gute Begleitung. Der Bericht spiegelt die gute Arbeit der beiden Kolleginnen wieder.

Auch Frau Gitschier-Piepenbrock bedankt sich für den Seniorenbeirat bei der Verwaltung. Des Weiteren teilt sie mit, dass die Wahlperiode für den Seniorenbeirat am 31.03. endet. Für die Neuwahl seien bereits 29 Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen und sie bittet um rege Teilnahme an der Wahl.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.1. Vorstellung: „Seniorenbericht 2023/2024 - Bericht über die Lebenslagen älterer Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis“
0722/2024

Für diesen Tagesordnungspunkt ist Frau Annika Möller vom Rheinisch-Bergischen Kreis (Seniorenplanung des *Planungsstabs Inklusion, Senioren und Pflege* in Amt 50) anwesend und stellt den Bericht anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Sie teilt mit, dass zu Beginn zusammen mit der Forschungs-Gesellschaft für Gerontologie e.V. eine Befragung erarbeitet und an 7.263 zufällig ausgewählte Seniorinnen und Senioren im Kreisgebiet versandt wurde. Tatsächlich wurden 3.157 Fragebögen ausgefüllt zurückgesandt. Ziel der Befragung war die Erarbeitung einer Handlungsgrundlage für eine bedarfsorientierte, zielgerichtete und wirkungsorientierte Seniorenplanung im Rheinisch-Bergisch Kreis und in den zugehörigen Städten und Gemeinden. Der Bericht ist aus zwei Teilen entstanden: 1. Teil ist die Seniorenbefragung. Der 2. Teil sind Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse des Fragebogens wurden in zwei Gruppen aufgeteilt: Die Gruppe der „jungen Alten“ (65 – 79 Jahr) und der „Hochaltrigen“ (ab 80 Jahren). Der Fragebogen umfasst 32 Fragen zu 6 Themenfeldern, wie z.B. Wohnen und Wohnumfeld, Soziale Teilhabe und Ehrenamt aber auch Fragen zur digitalen Teilhabe und Mobilität. Der zweite Teil des Berichts, besteht aus 45 Handlungsempfehlungen, die aus den Ergebnissen und Erfahrungen hergeleitet wurden sowie der Bestandserfassung, was in den Kommunen bereits vorhanden ist.

Zielgruppen der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sind: RBK, kreisangehörige Kommunen, Politik, Seniorenvertretungen, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinnen, und Bürger sowie weitere Akteure der Altenhilfe.

Nach dieser Einführung des Berichts stellt Frau Möller die Ergebnisse der Seniorenbefragung für Bergisch Gladbach vor:

Hier wurden 1.976 Personen angeschrieben, davon wurden 820 Fragebögen zurückgesandt, was einer Quote von 42 % entspricht. Davon 53,2 % weiblich und 46,8 % männlich. Die Ergebnisse im Detail sind der Power-Point-Präsentation zu entnehmen. Herauszustellen ist hier, dass bei der Befragung zur Einsamkeit 45 % mitteilen, dass sie nie einsam seien, was alle Beratungsstellen verblüfft habe, da dort das Thema Einsamkeit einen viel höheren Stellenwert hat. In der sozialen Arbeit wird dies als Zufriedenheitsparadoxon bezeichnet. Erstaunlich groß war auch der Anteil der Menschen, die sich nicht gut über die Angebote für ältere Menschen in ihrer Stadt informiert fühlten (62 %). Auf die Frage zu welchen Themen die Befragten sich eine persönliche Beratung wünschen würden, stand mit 28 % ganz oben zu digitalen Medien und Technik, gefolgt mit 23 % Beratung zur Gesundheitsförderung.

Abschließend stellte Frau Möller noch die Handlungsempfehlungen für Bergisch Gladbach vor, die ebenfalls der Power-Point-Präsentation zu entnehmen sind. Hier wurde besonders hervorgehoben, dass im Wohnumfeld häufig öffentliche Toiletten fehlen würden. Hier wurde mit dem Konzept der „netten Toilette“ bereits entgegengewirkt. Aber auch Sitzbänke und Parkplätze würden fehlen.

Herr Bartz bedankt sich für den guten Bericht und gibt die Anregung, bei der Frage nach Einsamkeit etwas konkreter zu fragen. Viele alte Menschen haben noch Familie, aber die Freunde sind verstorben und das wäre aus seiner Sicht eine andere Einsamkeit, als wenn man keine Familie mehr hat.

Dazu teilt Frau Möller mit, dass die Frage nach Einsamkeit jeder anders auslegen würde. So wäre aus dem Seniorenbeirat der Hinweis gekommen, dass auch viele Menschen, die noch einen Partner haben, sich trotzdem einsam fühlen würden. Sei es, weil man sich auseinandergeliebt habe oder der Partner erkrankt ist.

Im Bericht wird in einem Kapitel aber gefragt, zu wem die Menschen viel Kontakt hätten. Dort wurde oft genannt, zu den Nachbarn. Deshalb seien Nachbarschaftsprojekte sehr wichtig.

Herr Klaas erfragt, ob bei der Verwaltung alle Informationen für Seniorinnen und Senioren analog und digital vorliegen würden, damit allen Senioren die gleichen Informationen zur Verfügung stehen, unabhängig mit welchen Medien sie umgehen.

Frau Klemt teilt dazu mit, dass bereits im Rahmen der Stadtteil- und Sozialraumkonferenzen, dieser Wunsch geäußert wurde. Dazu muss aber gesagt werden, dass bereits zu Corona-Beginn Broschüren und Bildungsangebote digital auf der Seite des Seniorenbüros zur Verfügung gestellt wurden. In analoger Form liegen die Broschüren z. B. im Stadthaus, in den Bürgerbüros sowie den Begegnungsstätten aus. Auch eine Broschüre „Wohnen im Alter“ wird sehr nachgefragt, ebenso wie der „Seniorenwegweiser“. Eine Neuauflage sei hier nach Umstrukturierungen geplant.

Herr Bollen teilt mit, es gebe in Bonn die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros und ob es damit eine Zusammenarbeit gebe. Es gebe dort ein wunderbares Projekt „Selbstbestimmt im Alter“, wo Senioren noch ältere Senioren unterstützen.

Des Weiteren möchte er wissen, ob es für Seniorinnen und Senioren eine Beratungsstelle gebe, die dabei hilft alte Menschen in adäquaten Wohnraum zu vermitteln, damit ihre zu groß gewordenen Häuser jungen Familien zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Möller teilt dazu mit, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros viele gute Projekte auflege, so gebe es auch ein Gesundheitsprojekt, an dem Engelskirchen teilgenommen hat. Der Kreis kann leider nur sehr wenig Projekte „an Land ziehen“. Hier seien die Kommunen gefragt. Es gebe ein Projekt „Wohnen Bergisches Land“. Hier würde sich bereits an Menschen ab 50 Jahren gewendet, da ältere Menschen sich einen Umzug oft nicht mehr zutrauen würden.

Frau Klemt führt dazu weiter aus, dass es ein Angebot zum Wohnungs-Haus-Tausch gebe. Hier werde gerade an der Konzeptionierung und Realisierbarkeit verschiedener Maßnahmen gearbeitet. So wisse sie, dass in Leverkusen ein vergleichbares Konzept innerhalb von 2 Jahren nur einmal in Anspruch genommen wurde. Deshalb musste das Projekt wieder zurückgestellt werden. Hier müsse genau untersucht werden, wo die Gründe der geringen Inanspruchnahme liegen.

Herr Eggert teilt mit, dass auch die Stadt an einem „Thinktank“ arbeitet, um Menschen so lange wie möglich ein selbstständiges Leben zu ermöglichen. Aber als Kommune dürfe man sich auch nicht zu weit einmischen, sondern hier könne die Kommune nur begleiten und einen Dialog eröffnen.

Frau Opiela erfragt, wie es gelingen könne, eine bessere Vernetzung der Angebote für Seniorinnen und Senioren sicherzustellen, denn es würde bereits viel angeboten, komme aber noch immer nicht bei allen Menschen an.

Frau Möller teilt dazu mit, dass man mit Quartiersmanagern sehr gute Erfahrungen gemacht habe, die hauptamtlich das Ehrenamt betreuen.

Auch Frau Klemt teilt mit, dass der Fokus mehr auf den Begegnungsstätten liege würde. Im Seniorenbüro würde bereits das Netzwerk „Seniorenarbeit“ betreut, wo Ehrenamtler sich mit Akteuren der Seniorenarbeit zusammenschließen können.

Die Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. Vereinbarung mit der Inclusio gGmbH bezüglich Fördermittel für die Fortführung des Café GrenzenLos
0063/2025

Bevor TOP 9 behandelt wird, teilt Frau Hiller mit, dass im Inklusionsbeirat im Dez. 2024 der „Aktionsplan für die Jahre 2025 – 2030“ bereits verabschiedet wurde. Da hier eine Terminierung für ASWDG und weitere Ausschüsse nicht passend war, wird die Vorlage nun erst in der April-Sitzung eingebracht. Sie bittet dafür im Verständnis.

Frau von Berg leitet zur Beschlussvorlage TOP 9 über.

Herr Klaas teilt zur Vorlage mit, dass die SPD die Vereinbarung mit der Inclusio gGmbH begrüßen würde und hoffe, dass das Angebot „Café GrenzenLos“ somit erhalten bleiben könne. Er bedankt sich ausdrücklich bei der guten interfraktionellen Zusammenarbeit mit CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, mit denen diese gute Vorlage erarbeitet werden konnte.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst in seiner Sitzung am 06.02.2025 für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften und den RAT folgende **Beschlussempfehlung:**

Es wird empfohlen die vorliegende Vereinbarung (siehe Sachdarstellung und Begründung) bezüglich der Förderung des Café GrenzenLos zu beschließen.

Der Beschlussfassung erfolgt einstimmig bei einer Enthaltung durch die Fraktion Bergische Mitte.

9.1. Nachfolgebesetzung Mitglied Inklusionsbeirat
0064/2025

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst in seiner Sitzung am 06.02.2025 für den RAT folgende **Beschlussempfehlung:**

Es wird empfohlen Frau Claudia Breuer-Piske in den Inklusionsbeirat zu berufen

Der Beschlussfassung erfolgt einstimmig bei einer Enthaltung durch die Fraktion Bergische Mitte.

9.2. Barrierefreiheit und Denkmalschutz
0065/2025

Herr Bartz teilt zur Vorlage mit, dass die FWG der Vorlage zustimmen würde, wenn sie nicht nur eine beratende Stimme im Ausschuss hätte. Im nachträglichen Einbau eines Fahrstuhls im Historischen Rathaus gebe es ein gutes Beispiel, dass es möglich sei, allen Menschen eine größtmögliche Teilhabe zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst in seiner Sitzung am 06.02.2025 für den RAT folgende **Beschlussempfehlung:**

Es wird empfohlen, zu beschließen, die Verwaltung aufzufordern, bei der Planung und Umsetzung des barrierefreien Umbaus des denkmalgeschützten Rathauses Bensberg, die Aspekte der Barrierefreiheit im Sinne des Beschlusses des Inklusionsbeirates vom 12.12.2024 vorrangig, auf jeden Fall aber nicht geringer als jene des Denkmalschutzes zu gewichten.

Ziel ist es, möglichst eine uneingeschränkte Zugänglichkeit und Nutzbarkeit des Gebäudes für alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, zu gewährleisten.

Der Beschlussfassung erfolgt einstimmig bei einer Enthaltung durch die Fraktion Bergische Mitte.

10. Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach
0758/2024

Frau Werker gibt zur Vorlage die aktuellen Zahlen bekannt:

| | |
|------------------------------------------|--------------------------|
| Für März 2023 bis Dezember 2023 wurden | 254 Personen zugewiesen, |
| für Januar 2024 bis Dezember 2024 wurden | 348 Personen zugewiesen, |
| für Januar 2025 wurden | 48 Personen zugewiesen, |
| für Februar 2025 bereits | 31 Personen zugewiesen. |

Die Verwaltung hoffe, dass die Personen mit den zurzeit vorhandenen Möglichkeiten weiterhin gut untergebracht werden können. Leider gebe es derzeit Unterkünfte, die nicht zu belegen sind, da sie durch Wasserschäden und Schimmelbefall unbewohnbar geworden sind. Bei größeren Schäden muss die Stadt die Sanierung ausschreiben, was wieder viel Zeit in Anspruch nehmen. Bei einer Gesamtkapazität von 1.596 und einer Unterbringungszahl von 1.424 Personen könnte man meinen, es seien noch Plätze übrig, die jedoch durch die Schäden nicht zur Verfügung stehen.

Im Bereich der Obdachlosen stehen 154 Plätze zur Verfügung bei einer Belegungszahl von 134. Aber auch hier gebe es bei 7 Plätzen Sanierungsbedarfe. Von den 8 zur Verfügung stehenden Notschlafplätzen seien im Moment nur 2 verfügbar.

Herr Klaas stellt fest, dass in der ursprünglichen Vorlage von 1.559 Gesamtkapazität an Plätzen gesprochen wurde und nun von 1.596. Er möchte wissen, woher diese positive Entwicklung komme.

Frau Werker teilt dazu mit, dass ein neues Gebäude angemietet werden konnte. In dem 32 Plätze zur Verfügung stehen. Dieses Gebäude wurde seit Januar mit 19 Personen belegt. Leider gebe es auch hier einen Wasserschaden, so dass eine weitere Belegung vorerst nicht möglich sei.

Herr Cremer teilt mit, er habe aus der Zeitung erfahren, dass Bergisch Gladbach in diesem Jahr ca. 600 geflüchtete Menschen aufnehmen müsse. Er möchte wissen, ob die Verwaltung diese Zahlen bestätigen könne.

Frau Werker teilt mit, dass es sich dabei um Zahlen handelt, die sich aus der derzeitigen Untererfüllung der Wohnsitzauflage und der FlüAG herleiten lassen. Hierbei handelt es sich um Quoten, nach denen Menschen zugewiesen werden. Die Untererfüllung bei der Wohnsitzauflage liege aktuell bei 380 Plätzen und bei der FlüAG bei ca. 190 Plätzen.

Herr Eggert teilt dazu mit, dass es sich um zusätzliche Zuweisungen handelt wurde. Wenn man hier die Qualität der Unterbringung betrachte, sei man sehr weit entfernt von einer halbwegs angemessenen Unterbringung. Hier möchte die Verwaltung noch einmal bekräftigen, dass es sich um eine Mammutaufgabe handeln würde, die nur sehr schwer zu bewerkstelligen sei.

Frau Opiela erfragt, ob bei den Zuweisungen weiterhin Ukrainer dabei seien. Des Weiteren erfragt sie, wie viele Geflüchtete durch Habitat for Humanity in Wohnraum vermittelt würden, denn auch dadurch wurden doch immer wieder vorhandene Plätze freigezogen. Wenn nach den dadurch frei gewordenen Plätzen immer wieder die Zuweisungen berechnet würden, würde es voller und voller werden.

Frau Werker teilt mit, dass auch Ukrainer zugewiesen werden.

Zur zweiten Frage teilt sie mit, dass durch Habitat in Bergisch Gladbach bisher 30 Wohnungen vermittelt werden konnten, was einer Personenzahl von ca. 150 Menschen entspreche. Hier könne wieder neu belegt werden. Es gebe aber viele Geflüchtete, die immer noch in den Unterkünften leben, auch wenn sich ihr Status geändert habe. Viele dieser Menschen würden bereits einer geregelten Arbeit nachgehen, finden aber keinen Wohnraum und müssten deshalb weiterhin in den Unterkünften leben. Diese würden aber bei der Berechnung der Wohnsitzauflage und FlüAG nicht mehr gezählt, weil sich ihr Status bereits geändert hat.

Frau Opiela bittet darum, zur nächsten Sitzung nachzureichen, wie viele Personen aus Carpark und Senefelder Straße in privaten Wohnraum umgezogen seien. Hier gebe es sehr unterschiedliche Aussagen.

Die Zahlen zur mündlichen Anfrage sind Frau Opiela per Brief zugegangen. Das Antwortschreiben ist dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. **Öffnung des Projektes "Wohnungsvermittlung" für Geflüchtete aller Herkunftsländer**
0756/2024

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

12. **Ergänzende Mitteilungsvorlage zur Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 0604/2024, Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft an der Paffrather Straße**
0096/2025

Herr Steinbuck teilt zur Vorlage mit, dass ihm der derzeitige Stand der Vorlage nicht bekannt sei und er sich deshalb gerne kurz mit Herrn Eggert beraten würde.

Herr Eggert teilt mit, dass die Ergebnisse aus dem Prüfauftrag „Overrather Straße“ und der „BAST“ nun vorliegen würden mit einem abschlägigen Votum.

Herr Schütz erfragt, warum es sich hier wieder um eine Tischvorlage handeln würde und wieso diese nicht vorab versandt wurde.

Frau von Berg teilt mit, dass es weitere Tischvorlagen geben würde, die alle bereits zu den Fraktionssitzungen an die Ratsmitglieder per Mail versandt wurden, so dass sie eigentlich bereits vorab vorgelegen haben. In den Fraktionen müsse sichergestellt werden, dass solche Mails direkt weitergeleitet werden bzw. die Mailbox-Fächer geleert sein müssen, damit neue Mails eingehen können.

Herr Eggert teilt dazu noch einmal mit, dass durch den Ältestenrat beschlossen wurde, dass Vorlagen, wenn sie nicht fristgerecht fertiggestellt werden können, sofort an die Fraktionsgeschäftsstellen versandt werden und dort an die zuständigen Mitglieder weitergeleitet werden sollen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. **Anträge der Fraktionen**

Die schriftliche Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gewalthilfegesetz wird in der Sitzung am 10.04. behandelt, da Frau Kläßen krankheitsbedingt nicht anwesend ist.

14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Holz-Schöttler bittet die Verwaltung, die neue Inklusionshelferin, die im JHA vorgestellt wurde, auch in diesen Ausschuss einzuladen.

Frau Werker teilt dazu mit, dass es sich um eine Person handelt, die rein in der Jugendhilfe angegliedert ist und deshalb eine Vorstellung im ASWDG nicht geplant sei.

14.1. **Schriftliche Anfrage der BÜRGERPARTEI GL, Herrn Frank Samirae, zur aktuellen Situation des sozialen Wohnungsbaus und der Leistungsempfänger (Zeitraum 2017-2024)**
0020/2025

Die Stellungnahme der Verwaltung ist Herrn Samirae per Brief zugegangen. Das Antwortschreiben ist dieser Niederschrift unter **Anlage 4** und **Anlage 5** beigelegt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:00 Uhr geschlossen.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Zum Lesen der Tischvorlagen wird die Sitzung für 15 min. unterbrochen.

gez. Gabriele von Berg
Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführung